



Montag, 22. November 1976

Blatt 2692

Heute in der "Rathaus-Korrespondenz":

Kommunal:

(rosa)

Landtag und Gemeinderat
Behindertenhilfe in Wien wird koordiniert
Wiener Orden für Feuerwehrmänner

Lokal:

(orange)

Verdienstzeichen des Landes Wien überreicht
"Filzstiftplakate": Seit 1948 keine Strafen verhängt
Gefahr für Mitterndorfer Grundwasser gebannt
Ab Samstag verkehrsarme Zone Mariahilfer Straße
Wien: US-Gäste auf der Überholspur
Eiserne Hochzeit in Rudolfsheim-Fünfhaus

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr, So.
12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband

k o m m u n a l :

=====

wiener orden fuer feuerwehrmaenner

wien, 22.11. (rk) vier feuerwehrmaenner wurden freitag nachmittag im roten salon des rathauses von buergermeister leopold gratz ausgezeichnet: in anerkennung ihrer gefahrvollen arbeit und ihrer leistungen im interesse aller wiener ueberreichte der landeshauptmann von wien, leopold gratz, dem leiter der abteilung feuerwehrtechnik und finanzplanung, oberbrandrat dipl.-ing. karl abulesz, das silberne ehrenzeichen fuer verdienste um das land wien. brandrat albert spevak erhielt das goldene, brandmeister max erndt und loeschmeister friedrich benz erhielten das silberne verdienstzeichen des landes wien.

in anwesenheit zahlreicher ehrengaeste, unter ihnen der fuer die wiener feuerwehr zustaendige amtsfuehrende stadtrat peter schieder sowie der amtsfuehrende stadtrat kurt heller, stadtrat dr. guenther goller, polizeipraesident dr. karl reidinger, militaerkommandant brigadier karl schrems und magistratsdirektor dr. josef bandion, dankte gratz den ausgezeichneten und ihren kollegen fuer den persoentlichen einsatz, der gerade bei der feuerwehr weit ueber die reinen berufspflichten hinausgehe. (hs)

++++

L o k a :

=====

verdienstzeichen des landes wien ueberreicht

wien, 22.11. (rk) freitag ueberreichte landeshauptmann-stellvertreterin gertrude f r o e h l i c h - s a n d n e r goldene verdienstzeichen des landes wien an den direktor der wiener blindenanstalten, ing. josef e t t e n a u e r , an den wiener geschaeftsmann walter h o f b a u e r , fuer die unerschrockene festnahme eines verbrechers im dezember vorigen jahres, an den landesobmann der wiener turn- und sportunion, fritz k o s t k a , an den beliebten schauspieler und gestalter vieler rundfunksendungen, tony n i e s s n e r , und an den inbegriff der wiener unterhaltungsmusik der nachkriegsjahre, prof. horst w i n t e r .

silberne verdienstzeichen wurden an leo f o e r s t e r , den mitbegruender des sozialwerkes fuer oesterreichische artisten und an frau direktor rosa r e d l , die leiterin des kindererholungsheimes seebenstein, verliehen.

namens der ausgezeichneten dankte horst winter der stadt wien, insbesondere fuer die moeglichkeiten, die sie auch in schwierigsten faellen den kuenstlern geboten hatte und weiterhin bieten wird. (os)
++++

L o k a l :

=====

''filzstiftplakate'': seit 1948 keine strafen verhaengt

wien, 22.11. (rk) autofahrer, die ihr auto verkaufen wollen und einen entsprechenden zettel in ihr auto haengen, koennen eine unliebsame ueberraschung erleben: sie koennen wegen nichtbeachtung des wiener ankuendigungsabgabegesetzes aus dem jahre 1948 bestraft werden. dieses gesetz sieht vor, dass fuer jede oeffentliche ankuendigung innerhalb des gebietes der stadt wien eine abgabe an die stadt wien zu entrichten ist. ausnahmen gibt es u.a. fuer aemter und kirchen, fuer die wahlankuendigungen und fuer ankuendigungen politischen inhalts der parteien, fuer gewerbetreibende innerhalb der geschaeftsraeume etc. keine ausnahme besteht jedoch fuer die ''filzstiftplakate''.

allerdings: seit dem jahr 1948 wurde bisher noch in keinem fall eine entsprechende anzeige erstattet und eine dementsprechende strafe ausgesprochen. nun aber, da innerhalb der letzten woche rund 20 anzeigen von der wiener polizei einlangten, wird man diese faelle pruefen muessen und eine entsprechende strafe aussprechen. die anzeigen kamen durchwegs aus gegenden, in deren naehe sich die betriebsstaette eines gebrauchtwagenhaendlers befindet.

um weitere unzu koemlichkeiten zu vermeiden, werden personen, die oeffentliche ankuendigungen -wie z.b. die anbringung eineszettels ueber den verkauf des eigenen autos - machen wollen, gebeten, vorher in die magistratsabteilung 4, wien 1, ebendorferstrasse 1, 2. stock, zu kommen und die entsprechende abgabe zu bezahlen. die abgabe betraegt fuer ein din-a4-''plakat'' (schreibmaschinenseite) und fuer die laufzeit eines monats 20 schilling. (sei)

++++

L o k a l :

=====

gefahr fuer mitterndorfer grundwasser gebannt
giftige weltkrieg 2-kampfgranaten unschaedlich gemacht

wien, 22.11. (rk) im munitionsdepot grossmittel, in der naehe von wiener neustadt, wurden ca. 30.000 kampfstoffgranaten unschaedlich gemacht. bei einem bombenangriff im jahre 1944 wurde das armee-munitionslager zerstoert und die gefaehrlichen waffen in der gegend verstreut. auf weisung der russischen besatzungsmacht wurden die granaten 1949 zusammengetragen und an ort und stelle vergraben. in den sechzigerjahren ersuchte die gemeinde wien das innenministerium, die kampfstoffgranaten zu entfernen, da diese eine gefahr fuer die in der mitterndorfer senke geplante 3. wiener wasserleitung darstellen koennten. es wurden die verschiedensten moeglichkeiten einer beseitigung diskutiert. im herbst 1970 entschied sich innenminister roesch fuer ein von der technischen hochschule wien entwickeltes spezialverfahren: die granaten wurden vorsichtig gereinigt und in aluminiumhuelsen verfrachtet, die dann mit kieselgur aufgefuellt und verschlossen wurden. sie liegen jetzt in erdbeben- und atom-bombensicheren stahlbetonquadern. stadtrat heinz n i t t e l ueberzeugte sich an ort und stelle von den erfolgreich abgeschlossenen isolierungsarbeiten, durch die die gefahr fuer das grundwasser der mitterndorfer senke, aus der die 3. wiener wasserleitung gespeist werden wird, gebannt ist. (luc)

++++

L o k a l :

=====

ab samstag:

verkehrsarme zone mariahilfer strasse

1 wien, 22.11. (rk) eine von geschaeftsleuten und passanten allgemein begruesste massnahme tritt auch heuer wieder in kraft: an den vier einkaufssamstagen vor weihnachten wird die innere mariahilfer strasse in eine verkehrsarme zone umgewandelt. die vier einkaufssamstage fallen heuer bekanntlich auf folgende termine: 27. november, 4. dezember, 11. dezember und 18. dezember.

die verkehrsarme zone befindet sich zwischen der lastenstrasse und dem guertel. zwischen 9 und 18.30 uhr gilt ein allgemeines fahrverbot fuer den individualverkehr, der querverkehr bleibt in den wichtigen bereichen aufrecht. die zufahrtsmoeglichkeiten fuer den individualverkehr wurden im interesse der fussgaenger eingeschraenkt. auf grund der bisherigen erfahrungen wird es heuer folgende querungsmoeglichkeiten geben: kirchengasse - barnabitengasse, nelkengasse - zollergasse, neubaugasse - amerlingstrasse, schottenfeldgasse - webgasse und stumpergasse - kaiserstrasse.

die kurzparkzonen in den querstrassen und parallelstrassen der mariahilfer strasse bleiben in vollem umfang aufrecht. zur vermeidung von parkplatzschwierigkeiten eine bitte an alle autofahrer: benuetzen sie an den einkaufssamstagen wenn moeglich die oeffentlichen verkehrsmittel. der strassenbahnverkehr in der mariahilfer strasse wird auch heuer wieder durch zusaetzliche garnituren verstaerkt. (ba)

0930

L o k a l :

=====

wien: us-gaeste auf der ueberholspur

2 wien, 22.11. (rk) mit einer steigerung der naechtigungen um sieben prozent konnte das fremdenverkehrsjahr 1975/76 (1. november 1975 bis 31. oktober 1976) in wien abgeschlossen werden. in diesem zeitraum wurden in den hotels und pensionen der bundeshauptstadt fast 3,8 millionen naechtigungen (gegenueber 3,5 millionen im vorjahr) gezaehlt.

mit ausnahme italiens, wo infolge der naturkatastrophen das aufkommen zurueckging, werden aus allen wichtigen herkunftslaendern des wiener tourismus bedeutende zuwachsrate verzeichnet. auf der ueberholspur liegen dabei die usa, deren gaeste mit einer steigerung der naechtigungszahlen um fast 22 prozent nun wieder vor dem leicht rueckklaeufigen inlandsfremdenverkehr auf dem zweiten platz der wiener statistik zu finden sind. aber auch der spitzenreiter bundesrepublik deutschland erreichte mit plus 5,4 prozent ein hervorragendes ergebnis.

generell, stellt der fremdenverkehrsverband fuer wien fest, wurde der tourismus wiens durch bemerkenswerte erfolge auf einigen "entwicklungsmaerkten" wie spanien, japan oder australien auf eine noch breitere basis von herkunftslaendern gestellt als bisher. waehrend die anteile fast aller hauptherkunftslaender groesser wurden, reduzierte sich der anteil der unter "ferner liefern" registrierten staaten von einem fuenftel auf ein zehntel des gesamten wiener fremdenverkehrs. (fvv)

0933

L o k a l :

=====

eiserne hochzeit in rudolfsheim-fuenfhaus

4 wien, 22.11. (rk) ihre eiserne hochzeit feierten josef (89) und anna m u e l l n e r (88) aus wien 15, ullmannstrasse 24/3/32. der in neumuehl, tschechoslowakei, geborene josef muellner war werkstaettenleiter. seine gattin ist eine geborene wienerin. von den beiden kindern der eheleute ist keines mehr am leben. sie haben aber vier enkel und zwei urenkel. bezirksvorsteher max e d e r gratulierte montag dem eisernen hochzeitspaar und ueberbrachte ein ehrengeschenk der stadt wien. (am)

0952

w i r t s c h a f t :

=====

geehrte redaktion

=====

5 wien, 22.11. (rk) die stadt wien plant fuer kleine gewerbe-
betriebe spezielle investitionsfoerderungsmassnahmen, neugruendungs-
foerderungsmassnahmen und eine schwerpunktfoerderung fuer die nah-
versorgung. finanz- und wirtschaftsstadtrat hans m a y r infor-
miert sie in einem

p r e s s e g e s p r a e c h

ueber die geplanten massnahmen. (sei)

bitte merken sie vor:

zeit: freitag, 26. november, 11.30 uhr.

ort: rathaus, roter salon, praesidialstiege, 1. stock.

presse- und informationsdienst
der stadt wien

Kommunal:Wiener Landtag

=====

Wien, 22.11. (RK) In der Sitzung des Wiener Landtags am Montag gedachte Erste Präsidentin Maria Hlawka des vor kurzem verstorbenen Abgeordneten Otto Gratzl.

Ein von ÖVP-Abgeordneten eingebrachter Antrag, betreffend Erarbeitung eines Entwurfes für ein Erwachsenenbildungsförderungsgesetz, wurde der Geschäftsgruppe für Kultur, Jugend und Bildung zugewiesen.

Der einzige Punkt der Tagesordnung betraf die Vorlage des Gesetzes über die Anwendung von Bestimmungen des Mutterschutzgesetzes auf weibliche Bedienstete der Gemeinde Wien, als Berichterstatter fungierte Personalstadtrat Kurt Heller (SPÖ). Das Gesetz wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen. (we)

(Ende des Sitzungsberichtes)

Kommunal:Wiener Gemeinderat

=====

Wien, 22.11. (RK) Dem Wiener Gemeinderat, der unter dem Vorsitz von Bürgermeister Leopold Gratz zusammentrat, lagen eine Anfrage der FPÖ und drei Anfragen der ÖVP vor. Von der ÖVP wurde ein Antrag betreffend Ergänzung von Grundstücksakten mit grundbücherlichen Unterlagen zwecks Unterbindung von Spekulationen eingebracht. Die FPÖ stellte Anträge, betreffend Einbeziehung der Vorortelinie in die S-Bahn sowie die beschleunigte Herstellung einer Schnellstraßenverbindung von der Nordbrücke zur Prager Straße. Die Anträge wurden den zuständigen Gemeinderatsausschüssen zugewiesen.

Behindertenplan

Stadtrat Univ.-Prof. Dr. Stacher (SPÖ) teilte mit, daß in den letzten Jahren die Hilfe für behinderte Menschen zu einem Schwerpunkt der Sozialarbeit geworden sei und daß zahlreiche Behinderteneinrichtungen existieren. Das Sozialamt sei Ende 1975 vom Bürgermeister beauftragt worden, die Behindertenhilfe in Wien zu koordinieren. Das Ergebnis liege nun in Form der "Behindertenhilfe für Wien" vor. In dieser Broschüre seien Aufgabenstellung und Prioritätensvorschläge in ausführlicher Form dargelegt. Unter dem Vorsitz von Stadtrat Stacher werde eine Landes-Koordinierungskommission eingerichtet werden, in der Vertreter aller zuständigen Magistratsdienststellen, aber auch des Bundes, der Sozialversicherungsanstalten und der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenarbeiten werden. Die Prioritätenliste umfasse eine Vielzahl von Vorschlägen, die vom medizinischen über den schulischen bis zum Bereich des Wohnens reichen.

Ein von allen Fraktionen gemeinsam eingebrachter Antrag, über diese Mitteilung des Gesundheitsstadtrates eine Besprechung durchzuführen, wurde einstimmig angenommen. Die Debatte wird vor dem Schluß der öffentlichen Sitzung stattfinden. (smo)

Wiener Objekt für Freilichtmuseum

GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) bedauerte, daß im vorbildlich geführten Freilichtmuseum in Stübing bei Graz noch kein Objekt aus Wien zu sehen ist. Er stellte den Antrag, daß dem Gemeinderatsausschuß für Kultur, Jugend und Bildung darüber berichtet wird.

Eine Subvention in der Höhe von 100.000 Schilling an das Freilichtmuseum (Berichterstatter GR. Franziska Fohler, SPÖ) und die Weiterleitung des FPÖ-Antrages an den zuständigen Gemeinderatsausschuß wurden einstimmig angenommen.

Änderung bei Büchereigebühren

Ab 1. Jänner 1977 werden die Gebühren in den städtischen Büchereien geändert, und zwar:

die Entlehngebühr je Band, bei einer dreiwöchigen Entlehnfrist auf zwei Schilling (bisher ein S), die Einschreibgebühr auf zwei S (bisher ein S), die Vorbestellgebühr auf zwei S (bisher 80 Groschen).

Alle, die bisher ermäßigte Gebühren bezahlten (Kinder und Jugendliche, Bedürftige), sind in Zukunft von den Entlehn- und Einschreibgebühren befreit. (Berichterstatter GR. Dr. Müller).

GR. Dr. Erika Danzinger (ÖVP) kritisierte den zu geringen Personalstand in den städtischen Büchereien, der eine intensive Leseberatung schwer möglich macht. Obwohl die Zahl der Entlehnungen sich erfreulicherweise verdoppelt hat, wurde der Personalstand nur um rund ein Viertel angehoben.

Abstimmung: einstimmig angenommen. (sei)

Miete eines Bürohauses

GR. Lustig (SPÖ) referierte den Antrag über die Anmietung eines Bürohauses in der Lange Gasse 30 im 8. Bezirk. Der Mietvertrag wurde bereits im September 1974 vom Gemeinderat genehmigt, konnte jedoch nicht abgeschlossen werden, weil dem damals bevollmächtigten Vertragspartner diese Vollmacht von den Eigentümern entzogen wurde.

GR. Krenn (FPÖ) erklärte, daß der Vertrag damals gegen die Stimmen der FPÖ genehmigt worden sei. Krenn kritisierte, daß das Gesamtausmaß der Mietfläche und die genaue Höhe der davon ab-

hängigen Provision und Miete nicht feststehe. Ebenso sei nicht bekannt, welche Dienststellen in dem Gebäude untergebracht werden sollen. Ohne Kenntnis dieser Fakten werde die FPÖ dem Antrag auch heute ihre Zustimmung verweigern.

GR. Lustig (SPÖ) erklärte, daß die genaue Vermessung der Mietflächen beim Bezug des Gebäudes erfolgen werde. Die Gemeinde Wien werde jedenfalls für keinen Quadratmeter zuviel zahlen.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen.

Untersuchung über Zeitverwendung der Wiener

GR. Hermine Fiala (SPÖ) referierte den Antrag, das Institut für empirische Sozialforschung mit der Ausarbeitung einer Untersuchung über die Zeitverwendung der Wiener Bevölkerung zu beauftragen.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) stellte fest, daß bereits zahlreiche Untersuchungen über das Freizeitverhalten der Wiener durchgeführt worden seien. Die unmittelbare Brauchbarkeit der Ergebnisse für die kommunale Arbeit sei gering. Eine neuerliche Untersuchung über ein verwandtes Thema sei derzeit daher wenig sinnvoll und im übrigen zu teuer.

GR. Hermine Fiala (SPÖ) erklärte in ihrem Schlußwort, daß es Zweck der Untersuchung sei, festzustellen, wieviel Zeit die Wienerinnen und Wiener für die Erreichung der Freizeiteinrichtungen aufwenden. Dies sei eine wichtige Grundlage für die Standortwahl von Freizeiteinrichtungen.

Abstimmung: Mit den Stimmen der SPÖ und ÖVP angenommen. (ger)

Baukostenzuschuß

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf einen einmaligen Baukostenzuschuß in Höhe von 5,6 Millionen, den die Stadt Wien der Wiener Stadthalle für die Errichtung eines Zubaus zum Verwaltungsgebäude gewährt. Berichterstatter GR. Dinhof (SPÖ) stellte fest, daß sich der Bau gegenwärtig in Zusammenhang mit der Errichtung der Tiefgarage besonders günstig durchführen lasse.

GR. Dkfm. Bauer (FPÖ) gab zu bedenken, daß sowohl die Zahl der Veranstaltungen der Stadthalle wie auch die Besucherzahlen rückläufig seien. Ein erhöhter Verwaltungsaufwand erscheine daher kaum gerechtfertigt. Es sei auch nicht bekannt, wie hoch

die gesamten Baukosten sind, wenn sich der Zuschuß bereits auf 5,6 Millionen beläuft. Der Zubau stehe vermutlich mit der Absicht der Wiener Festwochen in Zusammenhang, ihre Büros in die Stadthalle-Verwaltung zu verlegen. Seine Fraktion werde dem Antrag nicht zustimmen.

Im Schlußwort sagte GR. Dinhof, die Stadthalle habe kulturelle und sportliche Aufgaben zu erfüllen, sie könne daher nicht unbedingt wirtschaftlich geführt werden. Hallen dieser Größenordnung seien auf der ganzen Welt keine wirtschaftlichen Unternehmen.

Abstimmung: Angenommen mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ.

Sondierungsplan

GR. Gertrude Stiehl (SPÖ) referierte den Antrag, für die Erstellung eines Sondierungsplans für den 21. und 22. Bezirk zur Erfassung der Grundwasser- und Untergrundbeschaffenheit einen Betrag in Höhe von 1,34 Millionen Schilling zu genehmigen.

GR. Dr. Strunz (ÖVP) verwies darauf, daß er bereits am 11. Dezember 1974 den Antrag gestellt habe, die Grundwasserverhältnisse links der Donau zu untersuchen, vor allem in Hinblick auf hydrogeologische Veränderungen durch den Bau des Hochwasser-Entlastungskanal. Dieser Antrag wurde im März 1975 positiv beantwortet, da für dieses Gebiet ein hydrologisch-mathematisches Modell zugesagt wurde. Der Sondierungsplan sei auch im Sinne der Erhaltung der Lobau als Aulandschaft von größter Wichtigkeit. Die ÖVP werde dem Antrag zustimmen.

Abstimmung: Einstimmig angenommen. (we)

Viktualienhalle

GR. Sallaberger (SPÖ) referierte den Antrag, die Ekazent mit der Einbautenverlegung und dem Abbruch der Viktualienhalle im Kostenrahmen von 10,384.000 S zu baufragen. StR. Dr. Goller (ÖVP) erklärte dazu, daß seine Fraktion den Neubau der Markthalle grundsätzlich begrüße, aber dem Antrag wegen der Baurechts- und Mietverträge, sowie wegen der vorgesehenen Verkehrslösung nicht zustimmen könne. Die vorgesehene Zufahrt des Lieferverkehrs durch die Ditscheinergasse würde der Bevölkerung eine unzumutbare Abgas- und Lärmbelästigung sowie zusätzlich Verkehrsstockungen bringen. Die ÖVP habe rechtzeitig als Alternative die Zufahrt durch die Marxergasse vorgeschlagen.

StR. Lüttel (SPÖ) entgegnete, daß es eine seiner ersten Maßnahmen gewesen sei, diese Frage zu überprüfen, da man selbstverständlich keine irreparable und unzumutbare Regelung treffen wolle. Auch die Alternative Marxergasse sei ausführlich geprüft worden. Dieser Vorschlag hätte die Verlegung des Hauptsammelkanals zur Folge. Das würde nicht nur enorme zusätzliche Kosten verursachen, sondern auch die Bauführung jahrelang verzögern und erst recht die Bevölkerung belästigen. Er habe überdies eine Verkehrszählung durchführen lassen, die ergab, daß lediglich 30 bis 60 LKW anfahren, aber bei weitem nicht, wie gesagt wird, bis zu 140.

Im Schlußwort wies GR. Sallaberger darauf hin, daß derzeit die Belästigung in der Invalidenstraße weitaus höher sei, als sie später sein wird, wenn die Zufahrt durch die Ditscheinergasse erfolgt. Im übrigen habe die ÖVP im Finanzausschuß dem Antrag zugestimmt.

Abstimmung: Mit den Stimmen der FPÖ und der SPÖ angenommen. (smo)

Wettbewerb Reichsbrücke

StR. Univ.Prof. Dipl.-Ing. Dr. Wurzer (SPÖ) beantragte, für den Bau der neuen Reichsbrücke einen einstufigen Projektwettbewerb auszuschreiben und dafür Kosten in der Höhe von 38 Millionen zu genehmigen. Er hob hervor, daß über die Höhe der Honorare für die Jurymitglieder noch im zuständigen Ausschuß gesprochen wird.

GR. Dr. Hirnschall (FPÖ) stellte den Antrag, daß alles unternommen werden müsse, um die Bauzeit für die U1 nach Kagran zu verkürzen. Nach den derzeit vorliegenden Plänen soll die Reichsbrücke zwar Ende 1980 fertig sein, die U1 nach Kagran aber erst eineinhalb Jahre später ihren Betrieb aufnehmen. Eine gleichzeitige Fertigstellung wäre anzustreben.

Derzeit sind sechs Fahrbahnen, je drei in einer Richtung, geplant. Hirnschall regte an, eine in wenigen Minuten mögliche Umstellung auf vier respektive zwei Fahrbahnen in eine Richtung zu prüfen.

Mit der nun vorgesehenen Zahl der Mitglieder der Reichsbrückengjury, nämlich 13 ordentliche und 8 Ersatzmitglieder, erklärte sich Hirnschall einverstanden. (sei)

GR. Dr. Mayr (ÖVP) bekannte sich zur Notwendigkeit eines möglichst raschen Neubaus der Reichsbrücke, die nicht nur eine Verkehrsverbindung, sondern auch wieder ein Wahrzeichen der Stadt werden soll. Die geleisteten Vorarbeiten verdienen Anerkennung. Die ablehnende Haltung der ÖVP zum vorliegenden Antrag sei als Signal dafür zu verstehen, daß eine Reihe wichtiger Entscheidungen für den Neubau der Reichsbrücke noch nicht getroffen wurde. Die Sammlung aller notwendigen Entscheidungsgrundlagen sei aber eine Voraussetzung für den raschen Bau der Brücke. Im einzelnen sei die kritische Haltung der ÖVP in folgenden Überlegungen begründet:

Die für den städtebaulichen Aspekt wichtigen Planungen für das Nordbahngelände fehlen. Ebenso fehlen Entscheidungen über die Traisenbrücke und über die Floridsdorfer Brücke. Die Entscheidung über den Mittelteil der künftigen Donauinsel wurde noch nicht gefällt. Dr. Mayr kritisierte, daß noch keine Untersuchung über die Notwendigkeit der Traisenbrücke durchgeführt worden sei. Vor dem Einsturz der Reichsbrücke sei die Notwendigkeit einer weiteren Donaubrücke unbestritten gewesen. Da die neue Reichsbrücke breiter sein werde, bestünden aber nun andere Voraussetzungen.

Im Zusammenhang mit dem Bau der U 1 nach Kagran bestehe die Gefahr, daß die neue Reichsbrücke fertig sein werde, während die Lassallestraße noch Baustelle sei. Mit der Fertigstellung der U 1 bis Kagran sei erst zwei Jahre nach der Fertigstellung der Reichsbrücke zu rechnen. Über die Bodenverhältnisse bestehe keine Klarheit, da Probebohrungen erst nach der Beseitigung der Reichsbrückentrümmer durchgeführt werden können.

Ein "Nein" zum vorliegenden Antrag bedeute eine Verzögerung des Neubaus der Reichsbrücke, erklärte GR. Ascherl (SPÖ). Eine solche Verzögerung sei aber gegen die Wünsche und Interessen der Wiener Bevölkerung.

Zwischen der Haltung von ÖVP-Organisationen des 22. Bezirkes, die einen raschen Neubau fordern, und der ablehnenden Haltung der ÖVP-Fraktion im Gemeinderat bestehe ein Widerspruch. Der einstufige Projektwettbewerb bringe gegenüber einem Ideenwettbewerb einen Zeitgewinn von mindestens sechs Monaten. Die Wettbewerbsbedingungen seien im Einvernehmen mit der Bundesingenieurkammer erarbeitet worden. In der Jury sitzen anerkannte Fachleute, ihr Vorsitzender sei eine international anerkannte Kapazität.

Die Bevölkerung wünsche einen raschen Bau der Reichsbrücke, Maßnahmen zum Schutz vor dem Baulärm, die möglichst nahe Heranführung der U 1 in Tieflage an die neue Brücke und die Beschäftigung möglichst vieler Österreicher. Ascherl erklärte, er bedauere, daß die ÖVP es in dieser so wichtigen Frage ablehne, Mitverantwortung zu übernehmen.

Stadtrat Prof. Dr. Wurzer (SPÖ) empfahl in seinem Schlußwort die Annahme des von GR. Dr. Hirsenschall eingebrachten Zusatzantrages. Die von GR. Dr. Mayr vorgebrachten kritischen Einwände sollen einer eingehenden Prüfung unterzogen werden.

Abstimmung: Der Antrag wurde mit den Stimmen der SPÖ und FPÖ, der Zusatzantrag einstimmig angenommen. (ger)

Behindertenhilfe

In der anschließenden Diskussion über die "Behindertenhilfe in Wien" stellte GR. Krenn (FPÖ) fest, daß Wien verhältnismäßig spät ein Behindertengesetz beschlossen habe, nämlich im Juli 1966. Auch die Novellierung im Jänner 1975 sei bei den Betroffenen nicht gut angekommen. Der Wunsch, das Pflegegeld sollte unabhängig vom Einkommen gewährt werden, sei nicht erfüllt worden. Da es ungerecht erscheine, daß die Höhe der Beihilfe vom Wohnort des Behinderten abhängt, sollte baldmöglichst eine bundeseinheitliche Regelung getroffen werden.

GR. Marlies Flemming (ÖVP) begrüßte den mit der Broschüre unternommenen Versuch, Zielvorstellungen für die Zukunft zu gewinnen. Zu Bedauern sei das Fehlen der für Behinderte wichtigen Adressen. In Wien gebe es zu wenig geschützte Arbeitsplätze für Behinderte, obwohl ein großer Bedarf hierfür bestehe. Den Behindertenausweis bezeichnete die Rednerin als Farce, da er nichts anderes bescheinige als das Vorliegen der Behinderung. Familien müßten grundsätzlich die freie Wahl haben, ein behindertes Kind daheim zu pflegen oder es in ein Heim zu geben. Zu bedauern sei schließlich, daß in der Landeskoordinationskommission Vertreter der Behinderten noch immer ausgeschlossen seien. (we)

GR. Eveline Andrlik (SPÖ) wies darauf hin, daß die "Behindertenhilfe in Wien", bereits die dritte Broschüre dieser Art, als Erfolg der Tätigkeit der Unterkommission zu betrachten sei. Seit der Einführung des Mutter-Kind-Passes sei die Säuglingssterblichkeit gesunken, hingegen sei die Zahl der Risikokinder im Ansteigen. Es sei daher notwendig, eine zusätzliche ärztliche Betreuung einzuführen, das könnte etwa im dritten Lebensjahr sein. Für die Früherkennung als Voraussetzung einer Verbesserung der Therapie sei die Zusammenarbeit zwischen Eltern, Psychologen und Ärzten wesentlich zu verbessern. Ebenso müßten die Sonderschulen - die von internationalen Experten als vorbildhaft angesehen werden - weiter ausgebaut werden. Die Behindertenhilfe werde durch die 32. Novelle zum ASVG auf eine breite Basis gestellt. Für Schüler und Studenten werde die Unfallversicherung eingeführt, die Rehabilitationszentren werden diesen Altersgruppen zur Verfügung stehen. Vordringlich erscheine die Schaffung von geschützten Arbeitsplätzen, vor allem im privaten Bereich, wo leider noch immer lieber die Ausgleichstaxe gezahlt werde. Auf dem Gebiet der Beschäftigungstherapie seien seit 1951 bereits beachtliche Leistungen erzielt worden.

StR. Dr. Stacher (SPÖ) räumte abschließend ein, daß ein gewisser Informationsmangel bestehe, daß dieser aber eben durch die Koordinationsarbeit behoben werden soll. Die Expertenkommission versuche sowohl bundeseinheitliche Regelungen, als landeseinheitliche Reformen vorzuschlagen. An Vorschlägen für einen bundeseinheitlichen Behindertenausweis werde gearbeitet. Die Blindenbeihilfe werde in Wien an den Höchstwert von Oberösterreich angeglichen und um den siebenprozentigen Anpassungsfaktor erhöht. (sro)

(Ende des Sitzungsberichtes)

k o m m u n a l :

=====

behindertenhilfe in wien wird koordiniert

18 wien, 22.11. (rk) wirkungsvoller als bisher wird man in wien kuenftighin in der behindertenhilfe vorgehen koennen. ueber initiative von buergermeister leopold g r a t z hat das sozialamt der stadt wien einen koordinierungs- und massnahmenkatalog der behindertenhilfe in wien ausgearbeitet, der montag in der sitzung des gemeinderates vorgestellt wurde. im rahmen eines gemeinsamen pressegespraeches informierten buergermeister leopold gratz und gesundheits- und sozialstadtrat univ.-prof. dr. alois s t a c h e r ueber die schwerpunkte dieser dokumentation, die in form einer broschuere unter dem titel 'behindertenhilfe in wien' herausgebracht wurde.

der buergermeister unterstrich in seinen ausfuehrungen besonders die notwendigkeit einer verbesserung der hilfeleistungen fuer die behinderten. er wies darauf hin, dass gerade durch die fortschritte der medizin heutzutage eine weitaus bessere versorgung und kompensierung der verschiedenen leiden und gebrechen moeglich sei. dies treffe im besonderen bei der behandlung geistiger und seelischer behinderungen zu. geistig behinderte, die frueher kaum das kindesalter ueberlebten, erreichen nun ein wesentlich hoeheres lebensalter. selbstverstaendlich bringe dies aber auch im verstaerkten masse aufgaben und verpflichtungen fuer die gesellschaft. was die stadt wien betrifft, so sei man bemueht, in verstaerktem masse auch behinderte einzustellen. zur zeit befinden sich 1.258 behinderte personen im dienst der gemeinde wien.

stadtrat stacher hob die tatsache hervor, dass die hilfe fuer behinderte menschen gerade in den letzten jahren zu einem schwerpunkt in der sozialarbeit geworden sei. im herbst vorigen jahres wurde von der stadt wien der 'wegweiser fuer behinderte', eine informationsbrochuere ueber die leistungen der behindertenhilfe des sozialamtes und saemtlicher in wien bestehender oeffentlicher und privater behinderteneinrichtungen, herausgebracht. mit der koordinierung der behindertenhilfe in wien soll einerseits allen behinderten menschen dieser stadt eine optimale betreuung gesichert werden, andererseits zielvorstellungen fuer die weitere entwicklung

des behindertenwesens festgesetzt werden, die ein planvolles und koordiniertes vorgehen in allen bereichen der stadtverwaltung ermoeglichen. fuer den bereich des landes wien wird unter dem vorsitz des amtsfuehrenden stadtrates fuer gesundheit und soziales eine landes-koordinierungskommission eingerichtet werden, der die zustaendigen dienststellen des wiener magistrats, des bundes, die zustaendigen sozialversicherungsanstalten und womoeglich auch vertreter der arbeitnehmer und arbeitgeber angehoren sollen. in behindertenangelegenheiten des gesamten magistrats uebernimmt das sozialamt die funktion einer koordinierungsstelle, die mit allen befassten abteilungen (insbesondere jugendamt, gesundheitsamt, anstaltenamt, wohnungsamt, schulverwaltung und bauaemter) regelmassige koordinierungsgespraechе fuehren und gemeinsame loesungsvorschlaege erarbeiten soll.

in einer prioritaaetenliste werden fuer die geschaeftsgruppe gesundheit und soziales u. a. die errichtung von wohnheimen, der ausbau der beschaeftigungstherapie in tagesheimstaetten, die erfassung von behinderten, die betreuung von psychisch behinderten ausserhalb von anstalten und massnahmen der sozialen rehabilitation verlangt. in die geschaeftsgruppe fuer kultur, jugend und bildung fallen u. a. die forderungen nach der vermehrten errichtung von sonderkindergaerten und sonderschulen fuer schwerstbehinderte kinder sowie die einfuehrung eines befoerderungssystems fuer schwerstbehinderte in die entsprechenden sonderschulen. weitere forderungen im rahmen des prioritaaetenkatalogs wie zum beispiel die errichtung von behindertenwohnungen und die beseitigung architektonischer barrieren fallen in den bereich der geschaeftsgruppen fuer wohnen und fuer inneres und buergerservice. (z1)